

NIEDERSCHRIFT

26. Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am Mittwoch, 25. Februar 2009,
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

Beginn 19.00 Uhr
Ende 20.40 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bezirksbürgermeisterin Knoke	(SPD)	
Stellv. Bezirksbürgermeister Grube	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsfrau Baumgart	(SPD)	
(Bezirksratsfrau Bolzek)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Drömer	(SPD)	
Bezirksratsherr Eggers	(CDU)	19.20 - 20.40 Uhr
Bezirksratsherr Hadasch	(BSG)	
Bezirksratsherr Horstmann	(SPD)	
Bezirksratsfrau Kleinhückelkotten	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Knoke	(SPD)	
Bezirksratsherr Kuntze	(FDP)	
(Bezirksratsherr Mallast)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Meyer	(DIE LINKE.)	
(Bezirksratsfrau Otte)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Prehn	(CDU)	20.10 - 20.40 Uhr
Bezirksratsfrau Rose	(DIE LINKE.)	
Bezirksratsfrau Schlätel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Schweingel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Steingrube	(CDU)	
Bezirksratsfrau Tholen	(SPD)	
Bezirksratsherr Zielke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Beratende Mitglieder:

(Ratsfrau de Buhr)	(SPD)
(Beigeordnete Kastning)	(SPD)
(Ratsherr List)	(Gruppe Hannoversche Linke)
Ratsherr Mineur	(SPD)
Ratsherr Nikoleit	(Gruppe Hannoversche Linke)
(Beigeordneter Schlieckau)	(BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)
(Ratsherr Seidel)	(CDU)

Verwaltung:

Frau Sufin	(Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)
Herr Wescher	(Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 28.01.2009
3. Verpflichtung eines neuen Mitgliedes
4. Feststellung über den Sitzverlust von Bezirksratsfrau Tholen (Drucks. Nr. 15-0266/2009 mit 1 Anlage)
5. S A N I E R U N G
 - 5.1. Bericht aus der Sanierungskommission
6. A N T R Ä G E
 - 6.1. Interfraktionell
 - 6.1.1. Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer – Gegen den geplanten Nazi – Aufmarsch am 1. Mai 2009 – (Drucks. Nr. 15-0328/2009)
 - 6.1.2. Durchführung einer Anhörung zum Thema: Neubau des Krankenhauses Siloah (Drucks. Nr. 15-0463/2009)
 - 6.2. der SPD-Fraktion
 - 6.2.1. Gehwege in der Pestalozzistraße (Drucks. Nr. 15-0316/2009)
 - 6.3. der CDU-Fraktion
 - 6.3.1. Aufnahme des Freizeitheim Linden in das Investitionsprogramm (Konjunkturprogramm II) „Initiative Niedersachsen“ der Niedersächsischen Landesregierung (Drucks. Nr. 15-0318/2009)
 - 6.4. von Bezirksratsherrn Kuntze (FDP)
 - 6.4.1. Öffentliche Toiletten in Gastwirtschaften (Drucks. Nr. 15-0265/2009)
7. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates (Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)
 - 7.1. Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer (Drucks. Nr. 15-0414/2009 mit 4 Anlagen)
8. A N F R A G E N
 - 8.1. der SPD-Fraktion

- 8.1.1. Zugang für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, zur Bushaltestelle Fischerhof/Göttinger Straße (Drucks. Nr. 15-0317/2009)
- 8.2. der Fraktion DIE LINKE.
- 8.2.1. Ausbau Stichkanal Linden (Drucks. Nr. 15-0325/2009 mit 2 Anlagen)
- 8.3. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 8.3.1. Winterdienst auf Radwegen im Stadtbezirk – hier in Linden – Nord (Drucks. Nr. 15-0326/2009)
- 8.3.2. Fortgang der Schadstoffsanierung im Bereich des nördlichen Ihmeufers gegenüber des Ihmezentrums (Drucks. Nr. 15-0327/2009 mit 1 Anlage)
- 9. Bericht des Stadtbezirksmanagements
- 10. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr, nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend brachte **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** den Interfraktionellen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Durchführung einer Anhörung in der Sitzung des Bezirksrates im März zum Thema Neubau des Krankenhauses Siloah“ ein und begründete die Dringlichkeit mit den aktuellen Presseberichten zur Veränderung der Planungen in diesem Bereich. Die Dringlichkeit wurde zudem damit begründet, dass ansonsten eine Anhörung erst in der Bezirksratssitzung im Mai möglich wäre.

Der Bezirksrat beschloss einstimmig diesen Dringlichkeitsantrag.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte fest, dass dieser Antrag auf der Tagesordnung unter TOP 6.1.2. aufgenommen wird.

Die so erweiterte Tagesordnung wurde im Anschluss einstimmig bestätigt.

Bezirksbürgermeisterin Knoke informierte, dass sich Bezirksratsfrau Otte, Bezirksratsfrau Bolzek und Bezirksratsherr Mallast für die heutige Sitzung entschuldigt hätten und Bezirksratsherr Eggers später käme.

Bezirksratsfrau Steingrube ergänzte, dass Bezirksratsherr Prehn ebenfalls später kommen würde.

TOP 2.

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 28.01.2009

Die Niederschrift über die Sitzung am 28.01.2009 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 3.

Verpflichtung eines neuen Mitgliedes

Bezirksbürgermeisterin Knoke begrüßte Herrn Horst Knoke als Nachfolger von Herrn Frank. Sie stellte fest, dass nach § 44 Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes der Sitz mit sofortiger Wirkung übergeht. Herr Knoke habe gemäß § 40 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes die Wahl angenommen. **Bezirksbürgermeisterin Knoke** wies Herrn Knoke auf die Einhaltung der Bestimmungen gemäß §§ 25 - 27 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) zur Amtsverschwiegenheit, zum Mitwirkungsverbot und zur Treuepflicht hin. Anschließend verpflichtete **Bezirksbürgermeisterin Knoke** ihn per Handschlag, seine Aufgaben gegenüber der Landeshauptstadt Hannover nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen und die geltenden Vorschriften und Gesetze zu beachten. **Bezirksbürgermeisterin Knoke** überreichte den Bezirksratsausweis und den Stadtkartenausschnitt.

TOP 4.

Feststellung über den Sitzverlust von Bezirksratsfrau Tholen (Drucks. Nr. 15-0266/2009 mit 1 Anlage)

Bezirksbürgermeisterin Knoke berichtete, dass Bezirksratsfrau Tholen ihr Mandat niederlegen möchte. Sie verlas das Schreiben von Bezirksratsfrau Tholen, in dem diese bekannt gab, dass sie ihr Mandat zum 28.02.2009 aus persönlichen Gründen niederlege.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und wünschte Frau Tholen für den weiteren Lebensweg alles Gute.

Antrag,

gemäß § 37 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in Verbindung mit § 55 b Abs. 1 NGO festzustellen, dass bei Bezirksratsfrau Tholen die Voraussetzungen für den Verlust des Sitzes im Stadtbezirksrat Linden-Limmer gemäß § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO zum 28.02.2009 vorliegen.

Einstimmig

TOP 5.

SANIERUNG

TOP 5.1.

Bericht aus der Sanierungskommission

Bezirksbürgermeisterin Knoke bat Ratsherrn Mineur aus der Sanierungskommission zu berichten.

Ratsherr Mineur wies zunächst auf eine Anhörung am 20.04.2009, 19.00 Uhr im Gemeindesaal St. Nikolai zum Thema Klimaschutz hin. Anlass sei, dass gerade im Sanierungsgebiet, in dem viel gebaut werde, das Thema energiesparendes Heizen und Sanieren eine hohe Priorität genieße. Mit Fachleuten solle während der Anhörung dieses Thema beleuchtet werden. Es gäbe ferner eine Anfrage zum Thema Heizen mit Erdwärme. Die Klimaleitstelle habe diese Anfrage dahingehend beantwortet, dass man bei Erdwärme für 1 kWh Wärme 3 kWh Strom bräuchte. Es sei nach Ansicht der Mitarbeiterin der Klimaleitstelle nicht sinnvoll, in dem Sanierungsgebiet Erdwärme einzusetzen.

Bezirksratsfrau Steingrube berichtete von Dissensen und unbeantworteten Fragen, denn in Hannover gäbe es das neue Regionshaus, in dem Geothermie angewandt werde. Sie berichtete, dass dies der Verwaltung wohl nicht bekannt sei. Sie vermutete, dass es zu dem Thema zwischen dem Ersten Regionsrat und dem Umweltdezernenten der Landeshauptstadt Hannover noch ein Gespräch gäbe aufgrund der von ihr weitergeleiteten Anfrage. **Bezirksratsfrau Steingrube** berichtete, dass man über die Antwort der Landeshauptstadt Hannover erstaunt gewesen sei.

Ratsherr Mineur fuhr fort, dass sich Geothermie schon lohne, wenn man mit Gaspumpen, welches eine neue Technologie sei, arbeiten würde. **Ratsherr Mineur** berichtete weiter, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung berichtet habe, dass in der Wasserstadt Limmer bereits etliche Arbeiten erfolgt seien. Ein Ausblick wie es weitergeht, könne jedoch erst erfolgen, wenn entschieden sei, wie es mit dem Ausbau des Stichkanals weitergehe. Diesbezüglich würde nunmehr auf die Drucksachen zum Ausbau Stichkanal gewartet. Ferner habe sich die Sanierungskommission mit dem Thema §§ 180 ff Baugesetzbuch (BauGB) –Sozialplanung- beschäftigt. Hintergrund sei ein Pressebericht zur Umsiedlung eines Kfz-Betriebes, welcher angeblich mit 500.000 € gefördert werden solle. In der Sanierungskommission sei deutlich gemacht worden, dass diese Summe nicht stimmen würde. Er erklärte, dass bei Verlagerungen nur die unrentierlichen Kosten erstattet würden. Als Beispiel nannte **Ratsherr Mineur**, dass bei einem Kfz-Betrieb die Kosten für die am alten Standort nicht mehr nutzbare Kfz-Grube, die auch nicht ab- und wieder aufgebaut werden könne, aus Sanierungsmitteln übernommen würden. **Ratsherr Mineur** ergänzte, dass dieses individuelle Berechnungen seien. **Ratsherr Mineur** erläuterte weiter, dass die Sanierungskommission erst zum Sommer gewusst habe, dass im Rahmen des Quartiersfonds Gelder zur Verfügung stehen würden. Der Mittelabfluss sei daher noch etwas spärlich. Es stünden noch ca. 30.000 € aus dem Quartiersfonds zur Verfügung. Man hoffe, dass man das Geld in diesem Jahr sinnvoll einsetzen könne. Abschließend erwähnte **Ratsherr Mineur**, dass einige Projekte der Sanierung nicht gut verlaufen seien. Die Firma Manus habe Planungen zur Ansiedlung auf dem Parkplatz neben der Universität gehabt, jedoch sei das Gelände an das Land zurückgegeben worden. Ebenso würden die Planungen des Landeskriminalamtes, in das Universitätsgebäude zu ziehen, nicht mehr gesichert sein.

TOP 6. A N T R Ä G E

TOP 6.1.

Interfraktionell

TOP 6.1.1.

Resolution des Stadtbezirksrates Linden-Limmer

**– Gegen den geplanten Nazi – Aufmarsch am 1. Mai 2009 –
(Drucks. Nr. 15-0328/2009)**

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube sagte, dass man gemeinsam eine Resolution verfasst habe. Man möchte sich nicht nur an den Aktionen beteiligen, sondern sich dazu auch äußern.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube verlas daraufhin die Resolution mit folgendem Inhalt:

Antrag,

folgende Resolution zu beschließen:

Der 1. Mai ist der Feiertag „des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“, der in Hannover traditionell immer als großes „Familienfest mit politischen Inhalten“ von allen gesellschaftlich relevanten Gruppen gemeinsam begangen wird.

Gerade diesen Feiertag haben sich die Rechtsradikalen ausgesucht, um in Hannover ihre ausländerfeindlichen und menschenverachtenden Thesen „unters Volk zu bringen“. Freie Kameradschaften und „nationale Sozialisten“ mit Unterstützung durch einige Verbände der NPD haben für den 1. Mai eine Demonstration für 1.000 Personen angemeldet, auf der sie durch die Innenstadt Hannovers und für eine Kundgebung auch bis nach Linden ziehen wollen.

Die Thesen, die von ihnen verbreitet werden, stehen im krassen Gegensatz zum gelebten Alltag in unseren Stadtteilen, in denen Menschen mit über hundert unterschiedlichen Nationalitäten und zahlreichen verschiedenen Religionen gemeinsam und friedlich miteinander leben! Wir bekennen uns hier zu einem gleichberechtigten, demokratischen, solidarischen Umgang der Menschen untereinander, egal welcher Herkunft und lehnen Extremismus jeglicher Couleur ab. Wir haben diese Haltung gerade erneut durch die Einrichtung der Integrationsbeiräte gefestigt!

Wir rufen den Veranstaltern daher entschieden entgegen:

Wir haben sie nicht eingeladen!

Sie sind hier unerwünscht, bleiben Sie Hannover fern!

Schon immer haben die Bewohner/innen unseres Stadtbezirks eindrucksvoll eine klare, unmissverständliche antifaschistische Haltung bewiesen!

Der Bezirksrat Linden-Limmer ruft alle Menschen dazu auf, sich gegen den geplanten Aufmarsch zu engagieren, in den verschiedenen Initiativen mitzuarbeiten und sich friedlich an den geplanten Aktionen zu beteiligen!

Heraus zum 1. Mai! – Flagge zeigen gegen rechts!

Die Genehmigungsbehörden und die Verwaltung der Stadt Hannover werden hiermit nachdrücklich gebeten, die Genehmigung der Veranstaltung zu überdenken. Das von den Rechtsradikalen reklamierte Recht auf „freie Meinungsäußerung“ steht mit den offen menschenverachtenden und ehrverletzenden Parolen anderen Grundrechten entgegen, die hier mißachtet werden sollen! Darüber hinaus ist ein Verbot auch im Sinne der Sicherheit

der Menschen der Stadt Hannover und unseres Stadtbezirks wünschenswert.
Die Fraktionen & Einzelvertreter/innen des Stadtbezirksrats 10/Linden-Limmer

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube wünschte sich, dass sich alle rege an den Veranstaltungen und an den Aktionen beteiligen würden.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bedankte sich bei Stellv. Bezirksbürgermeister Grube.

Bezirksratsherr Meyer sagte, dass er aus Gesprächen mit Menschen des Stadtbezirkes wisse, dass die Menschen Angst haben vor dem, was auf sie zukommen werde. Er berichtete, dass eine Ladenbesitzerin gefragt habe, ob sie ihre Fenster zunageln müsse, wenn die Faschisten kommen würden und eine ältere Dame hätte berichtet, dass sie an den Feierlichkeiten des 1. Mai dieses Jahr aus Angst nicht teilnehmen könne oder andere sich ganz hinten in den Zug einreihen müssten, damit sie nicht vorne in Gefahr kämen.

Bezirksratsherr Meyer sagte, dass diese Reaktionen zeigen würden, wie betroffen die Menschen wären. **Bezirksratsherr Meyer** unterstützte die Resolution und ergänzte, dass es wichtig sei, sich an allen Aktionen wie den Sternmärschen, der Umzingelung und dem Fest für Demokratie zu beteiligen. Es würde nicht ausreichen, sich nur an dem Fest der Demokratie zu beteiligen, sondern man müsse dieses Mal auch aktiv an der Umzingelung teilnehmen. Er fuhr fort, dass es kontraproduktiv sei, wenn einzelne Parteien, Organisationen sich an der Umzingelung nicht beteiligen würden. Die Einschätzung sei, je weniger Menschen an der Umzingelung teilnehmen würden, um so eher werde es zu handfesten Auseinandersetzungen kommen. **Bezirksratsherr Meyer** appellierte nochmals an alle, an der Umzingelung teilzunehmen und sich, wenn möglich, aktiv den Nazis entgegenzustellen.

Einstimmig beschloss der Bezirksrat vorstehende Resolution.

TOP 6.1.2.

Durchführung einer Anhörung zum Thema: Neubau des Krankenhauses Siloah (Drucks. Nr. 15-0463/2009)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube erläuterte, dass aus einem Pressebericht hervorgehen würde, dass das Krankenhaus Siloah einen völlig neuen Bauabschnitt plane. Es solle für 10 Mio. Euro eine Zwischenlösung gebaut werden. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** erwähnte, dass die Planungen dem Bezirksrat nicht bekannt wären und der Bezirksrat die Erkenntnisse nur aus den Presseberichten erfahren haben. Der Bezirksrat möchte sich diese neuen Planungen gerne vorstellen lassen. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** informierte weiter, dass durch den Bau zudem ca. 200 Bäume im Bereich des Baufeldes gefällt werden müssten. Dafür solle zwar Ersatz geschaffen werden, jedoch nicht in Linden, sondern an verschiedenen Krankenhaus-Standorten der Region. Er sagte, dass dieses Verfahren nicht unterstützt werde, sondern dass sich der Bezirksrat dafür einsetzen möge, Ersatzpflanzungen in Linden vorzunehmen. Durch die Vorstellung der Planungen erwarte der Bezirksrat die Möglichkeit, wenn nötig, frühzeitig in die Planungen eingreifen zu können.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube fuhr fort, dass es vor einigen Monaten eine Anliegerversammlung mit den direkt Betroffenen gegeben habe. Die geplante Anhörung solle die nächste angekündigte Versammlung nicht ersetzen. Die Anhörung diene der Information und man erwarte die Zusage von der Region, dass die nächste Versammlung, die im Juli geplant sei, auch stattfände, um den Anwohnern das Recht einzuräumen, separat weitere offene Fragen an die Verantwortlichen zu richten. **Stellv. Bezirksbürgermeister**

Grube berichtete, dass abgestimmt sei, dass die Geschäftsführung des Klinikums sowie die Projektleitung die Planungen in der Bezirksratssitzung vorstellen würden. Die zuständige Planerin der Stadt Hannover habe zudem eine Darstellung der Planungen von Seiten der Stadt Hannover zugesagt.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung:

Antrag,

der Bezirksrat beschließt:

In der nächsten Sitzung des Stadtbezirksrats Linden-Limmer am 25.03.2009 wird gemäß §35 Abs. 1 der GO des Rates der LHH eine Anhörung durchgeführt zum Thema:
Neubau des Krankenhauses Siloah.

Eingeladen werden Vertreter der „Klinikum Region Hannover GmbH“:

- Herr Dr. Stockhorst für die GF des Klinikums zum Themenkomplex der in der Presse veröffentlichten neuen Planungen und allgemeinen Planungsfragen,
- Herr Uetrecht / Projektleitung zu konkreten Umsetzungen, zum Bauablauf und zum Thema Ersatz- & Ausgleichsmaßnahmen der bauablaufbedingt entfallenden Bäume.

Einstimmig

In die Verwaltung (18.62.10, 61)

**TOP 6.2.
der SPD-Fraktion**

**TOP 6.2.1.
Gehwege in der Pestalozzistraße
(Drucks. Nr. 15-0316/2009)**

Bezirksratsfrau Schlätel trug den Antrag vor:

Antrag,

die Verwaltung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Gehwege in der Pestalozzistraße in einen verkehrssicheren Zustand versetzt werden. Besonders an der Kreuzung mit der Fröbelstraße müssen die Bordsteine so abgesenkt werden, um die Passierbarkeit für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen wieder herzustellen.

Einstimmig

In die Verwaltung (66)

**TOP 6.3.
der CDU-Fraktion**

**TOP 6.3.1.
Aufnahme des Freizeithem Linden in das Investitionsprogramm
(Konjunkturprogramm II)
„Initiative Niedersachsen“ der Niedersächsischen Landesregierung**

(Drucks. Nr. 15-0318/2009)

Bezirksratsfrau Steingrube trug den Antrag vor:

Antrag,
der Bezirksrat möge beschließen:

Für das FZH Linden werden Mittel aus dem Investitionsprogramm (Konjunkturprogramm II) „Initiative Niedersachsen“ der Niedersächsischen Landesregierung im Haushalt eingestellt.

Herr Wescher teilte mit, dass die Dezernentenkonferenz am heutigen Tag unter Führung des Oberbürgermeisters über die Verteilung der 19,4 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm entschieden habe und für die Fassadenerneuerung des Freizeithems Linden 1 Mio. Euro bereit gestellt würden.

Bezirksratsherr Horstmann sagte, dass es ein berechtigtes Anliegen der CDU-Fraktion sei, dies vorzutragen und es begrüßt werde, dass schon 1 Mio. Euro für die Fassadensanierung vorgesehen werden. Er gab zu bedenken, dass im letzten Jahr bei der Vorstellung der Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe zumindest zwei Aspekte, die die Fassade betreffen würden, auch in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt wurden. Dazu gehöre, dass die bisherige Eingangssituation unbefriedigend sei und verändert werden müsse. Weiter habe man festgestellt, dass eine Steigerung der Attraktivität der Gastronomie nur erreicht werde, wenn der Zugang zur Gastronomie von der Straße her eröffnet werden würde. Beide Aspekte würden die Fassade betreffen. **Bezirksratsherr Horstmann** gab zu bedenken, dass es nicht ausreiche, sich heute über die 1 Mio. Euro zu freuen, sondern Arbeit auf den Bezirksrat zukäme und Argumentationsarbeit gegenüber der Verwaltung.

Bezirksratsherr Meyer ergänzte, dass auch er den Antrag unterstützen werde. Er berichtete, dass Oberbürgermeister Weil die Bereitstellung der 1 Mio. Euro für die Fassade des Freizeithem bereits gestern auf dem Lindener Markt verkündet habe. Der CDU-Antrag käme insoweit zu spät, da bereits seit Oktober ein Baugerüst installiert sei, was schätzungsweise 300 € pro Tag kosten würde. **Bezirksratsherr Meyer** sagte weiter, dass man in der Arbeitsgruppe auch gefordert habe, dass es eine energetische Sanierung geben soll. Zum Beispiel habe man über eine Solaranlage auf dem Dach gesprochen und weiteres mehr. Jedoch gäbe es keine Aussagen dazu, wie diese Million verwandt werden solle. **Bezirksratsherr Meyer** erinnerte, dass es eine ganze Menge Forderungen aus dem Bezirksrat heraus gegeben habe. Er sagte, dass die 1 Mio. Euro nicht reichen werde und man gerne vorher in die Planungen mit eingebunden werden wolle. Es würden die Fragen zu stellen sein, was gemacht und wie saniert werden solle.

Ratsherr Nikoleit sagte, dass die Fragen, die Bezirksratsherr Horstmann gerade gestellt habe, sehr spannend seien und er diese heute bereits im Schulausschuss der Kulturdezernentin gestellt habe. Daraufhin habe man ihm von Seiten der SPD geantwortet, dass bei dem Wunsch, für die Gastronomie etwas zu tun, man einen Antrag stellen solle, dass die Bücherei kurzfristig rausgeht, damit man die Gastronomie einrichten könne.

Ratsherr Nikoleit berichtete, dass es interessant sei, dass die Verwaltung auf eine Frage zum Baugerüst geantwortet habe, dass die Fenster im Freizeithem gewechselt worden seien und das Dach saniert worden sei. **Ratsherr Nikoleit** sagte, dass er davon noch nichts gesehen habe. Die Verwaltung habe jedoch darauf bestanden, dass diese Arbeiten bereits durchgeführt worden seien. Er verstehe nicht, dass mit der Drucksache vorgesehen werde, dass die Fassade renoviert wird, wo doch angeblich ein großer Teil der Fassade aus den Fenstern bestehen würde. Er ergänzte, dass ihm nicht klar sei, warum man 1 Mio. Euro für diesen Zweck einsetzen wolle, wo doch schon Arbeiten geplant und angeblich umgesetzt

worden seien.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube unterstützte den Antrag der CDU-Fraktion. Er sagte, dass man das Geld auch hätte anders verwenden können, insbesondere wären eine Bestandsaufnahme und die Aufstellung einer Planungsgrundlage wünschenswert gewesen. Er sehe dieses Vorhaben als „Flicken“, welches aber noch besser sei als wenn nichts umgesetzt würde. Er empfahl ein weiteres Vorgehen auf interfraktionellem Wege. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** schlug vor, in den Rat und Kulturausschuss zu gehen, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dort noch einmal vorzustellen und um diese zum Anlass zu nehmen, weiter Einfluss auszuüben.

Bezirksbürgermeisterin Knoke unterstützte diesen Vorschlag.

Bezirksratsherr Kuntze stellte die Frage an Bezirksratsherrn Meyer, warum die Fraktion DIE LINKE nicht rechtzeitig den Antrag gestellt habe, wo er doch den CDU-Antrag als zu spät kommend kritisiert habe.

Bezirksratsherr Meyer erwiderte, dass mit dem Konjunkturprogramm auch Steuersenkungen einhergehen würden. Diese Steuersenkungen würden Effekte des Investitionsprogramms wieder aufheben. Damit hätten die Kommunen von diesem Konjunkturprogramm nicht so viel wie versprochen würde. Ebenso sei es mit der angekündigten 1 Mio. Euro.

Bezirksratsherr Hadasch als Vertreter des BSG unterstützte den Antrag der CDU-Fraktion und das Vorhaben von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube, jetzt wieder als Bezirksrat aktiv zu werden. Er berichtete, dass Oberbürgermeister Weil bei der Veranstaltung auf dem Marktplatz gesagt habe, dass man mit der Bereitstellung des Geldes auch zeigen wolle, dass sich die Stadt Hannover nicht aus dem Freizeitheim herausziehe. **Bezirksratsherr Hadasch** forderte, dass nicht nur Fenster gewechselt und die Fassade gestrichen werden sollten. Er wolle nicht, dass man Schönheitsreparaturen vornehme und man sich dann doch von dem Freizeitheim trenne. **Bezirksratsherr Hadasch** appellierte daran, jetzt weiter an dem Thema zu arbeiten. Zudem habe der Oberbürgermeister auf seine Nachfrage geantwortet, dass die Bibliothek erst aus dem Freizeitheim ausziehen werde, wenn das Lindener Rathaus fertig gestellt sei. Damit sei nicht vor 2011, vermutlich erst 2012 zu rechnen. **Bezirksratsherr Hadasch** sagte, dass so lange nicht mit Veränderungen der Gastronomie hier im Freizeitheim Linden zu rechnen sei.

Ratsherr Nikoleit erklärte, an Bezirksratsherrn Kuntze gewandt, dass die Rats-FDP die Anträge der Gruppe Hannoversche Linke abgelehnt habe, Sanierungsmittel für das Freizeitheim Linden im Haushalt einzustellen.

Bezirksratsfrau Steingrube äußerte, dass sie nicht der Meinung sei, dass der Antrag von der CDU-Fraktion zu spät gestellt worden sei. Der Antrag sei datiert am 11.02.2009 und am 24.02.2009 habe der Oberbürgermeister die Ergebnisse verkündet. Am 25.02.2009 seien diese in der Dezernentenrunde vorgestellt worden. Sie gab zu bedenken, dass die 1 Mio Euro zusätzlich zu den Mitteln für die Fenstersanierung bereitgestellt würde. Die Gelder für die jetzigen Arbeiten müssten im Haushalt gestanden haben. Die Mittel die jetzt aus dem Konjunkturprogramm kommen würden, dürften jedoch nicht bereits im Haushalt bereitgestanden haben. Da dieses angezweifelt wurde, schlug **Bezirksratsfrau Steingrube** vor, dass die Damen und Herren im Rat darauf achten sollten. Sie befürwortete, die Arbeitsgruppe wieder einzuberufen.

Einstimmig

In die Verwaltung (19, 43)

TOP 6.4.
von Bezirksratsherrn Kuntze (FDP)

TOP 6.4.1.
Öffentliche Toiletten in Gastwirtschaften
(Drucks. Nr. 15-0265/2009)

Bezirksratsherr Kuntze trug den Antrag vor:

Antrag,
der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten vor der Errichtung von öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtbezirk jeweils vorab die Möglichkeit zu prüfen, ob ein Gastwirt bereit wäre seine Toiletten auch Passanten zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug würde er eine pauschalisierte monatliche Serviceprämie erhalten und die Außentür der Gastwirtschaft mit einem noch zu entwickelnden Hinweisaufkleber versehen.

Die pauschalisierte monatliche Serviceprämie soll höher ausfallen, wenn der betreffende Gastwirt bereits über eine behindertengerechte Toilette mit barrierefreiem Zugang verfügt, oder aber bereit ist eine solche einzurichten.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube unterstützte den Vorschlag. Er gab zu bedenken, dass viele Gastwirte dieses nicht begrüßen würden. Er berichtete beispielhaft von einer Gaststätte in Linden, bei der es im Pachtvertrag eine Verpflichtung gegeben habe, wonach die Toiletten während der Öffnungszeiten, die auch vorgegeben waren, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Gaststätte hätte Jahre lang leer gestanden und wurde nicht genutzt. Alle Bewerber hätten geäußert, dass sie diese Verpflichtung nicht eingehen würden und den Vertrag nur ohne diese Verpflichtung übernehmen würden. In der Praxis würden die Betriebe oft ein Schild bereithalten, dass Besucher, die nichts verzehren würden, für die Toilettenbenutzung zahlen müssten. Die Nachfrage sei gerade in den Bereichen groß, wo sich viele Leute draußen aufhalten würden; es wurden die Beispiele Spielplatznähe und Küchengartenplatz genannt. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** gab zu bedenken, dass die Gastronomen die Kosten für Wasser, Reinigung und die Begleitkosten zu tragen hätten. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** fand den Antrag gut, aus vorgenannten Gründen halte er ihn jedoch für nicht durchführbar. Er sagte, dass eine solche Aktion im Fall der Umsetzung bekannt gemacht werden müsse und diese durchaus auch für den Gastronomen positiv sein könne, wenn man sich gastfreundlich präsentiere. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** glaubte jedoch, dass dieses praxisfern sei.

Bezirksratsherr Knoke ergänzte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde auch aus dem Grund, dass es zunächst ja nur ein Prüfauftrag sei. Zudem würde der Antrag nicht vorsehen, dass ein Gastwirt gezwungen werden soll. Nach Darstellung der Ergebnisse könne man neu entscheiden und kommunizieren, wie dieses Thema gehandhabt werden sollte.

Ratsherr Nikoleit fragte, ob es nicht generell eine Verpflichtung sei, jeden, der die Toilette benutzen müsse, diesem das auch zu gestatten.

Bezirksratsherr Kuntze verneinte dieses und stellte noch mal heraus, dass der Antrag keine Verpflichtung der Gastwirte vorsehe, sondern auf Freiwilligkeit beruhen würde.

16 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung (*geändert: 16 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltung*)

In die Verwaltung (68)

TOP 7.

EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates (Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)

TOP 7.1.

Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer (Drucks. Nr. 15-0414/2009 mit 4 Anlagen)

Bezirksbürgermeisterin Knoke verlas die Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer.

Antrag,

die nachstehenden Zuwendungen zu beschließen:

- Empfänger: Kinderhaus Kunterbunt
- Zuwendungsbetrag: **3.000 €**
- Verwendungszweck: Einrichtung Kinderbetreuung / Eleonorenstr. 19A
(Anlage 1)

- Empfänger: Werk-statt-Schule
- Zuwendungsbetrag: **1.500 €**
- Verwendungszweck: Anschaffung Werkzeuge für die Produktionsschule
(Anlage 2)

- Empfänger: Ihmeschule
- Zuwendungsbetrag: **1.500 €**
- Verwendungszweck: Mosaikwand auf dem Schulgelände
(Anlage 3)

- Empfänger: Arbeitskreis Alt & Jung
- Zuwendungsbetrag: **1.600 €**
- Verwendungszweck: Projekt: Theateraufführung
(Anlage 4)

Einstimmig

In die Verwaltung (18.62.10)

**TOP 8.
ANFRAGEN**

**TOP 8.1.
der SPD-Fraktion**

**TOP 8.1.1.
Zugang für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, zur Bushaltestelle
Fischerhof/Göttinger Straße
(Drucks. Nr. 15-0317/2009)**

Bezirksratsherr Knoke trug folgende Anfrage vor:

Die Bushaltestelle Fischerhof/Göttinger Straße ist stadtauswärts nur über eine Treppe von der Straße Am Fischerhof bzw. über einen Trampelpfad entlang der Göttinger Straße von der Ampel an der Einmündung Strousbergstraße zu erreichen. Für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist diese Haltestelle nicht erreichbar.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist dieser Umstand der Verwaltung bzw. den Verkehrsbetrieben bekannt?
2. Gibt es Planungen, die Haltestelle für den o.g. Personenkreis erreichbar zu machen, und wann sollen diese realisiert werden?
3. Welche Alternativen gibt es für diesen Personenkreis bzw. könnte eine Verlegung der Haltestelle Abhilfe schaffen.

Frau Sufin beantwortete die Anfrage zu 1. bis 3. sinngemäß wie folgt:

Die örtliche Situation ist sowohl der Verwaltung als auch der Firma RegioBus bekannt. Im Zuge der Planungen zur Ansiedlung von Mr. Wash auf der angrenzenden Industriebrache wurde mit RegioBus abgestimmt, die Bushaltestelle nach Norden zu verschieben, bis kurz vor die Einmündung Elfriede-Paul-Allee. Sie ist dann aus dem Stadtteil niveaugleich und durch die im Einmündungsbereich vorhandene Lichtsignalanlage auch sicher erreichbar. Zusätzlich soll die angesprochene Treppenanlage zukünftig durch eine öffentlich zugängliche Rampe zwischen Göttinger Straße und Elise-Meyer-Allee ergänzt werden. Der erwähnte Trampelpfad soll durch einen befestigten Geh- und Radweg ersetzt werden. Es ist beabsichtigt, diese Planungen zeitgleich mit der Errichtung von Mr. Wash umzusetzen. Die Verwaltung bereitet die dafür notwendige Bebauungsplan-Änderung vor; die Drucksachen für die öffentliche Auslage und die Änderung des Städtebaulichen Vertrags werden dem Bezirksrat voraussichtlich in der März-Sitzung vorgelegt. Bei reibungslosem Verlauf könnte voraussichtlich ab Herbst 2009 mit dem Bau begonnen werden.

**TOP 8.2.
der Fraktion DIE LINKE.**

**TOP 8.2.1.
Ausbau Stichkanal Linden
(Drucks. Nr. 15-0325/2009 mit 2 Anlagen)**

Bezirksratsherr Meyer trug nachfolgende Anfrage vor:

Im Misburger Hafen gibt es eine Industriebrache, die sich hervorragend zur Nachnutzung durch den Mineralölhandel eignet. Gegenüber dem Nordhafen gibt es auf Langenhagener Seite nutzbare Brachflächen mit Autobahnanbindung direkt am Mittellandkanal. Die zurzeit im Neubau befindliche Schleuse in Bolzum zeigt in bösartiger Weise, welche verheerenden großflächigen Auswirkungen für die Bauzeit in Limmer und Ahlem zu erwarten sind. Die Niedersächsische Landesregierung hat bereits im Juli 2008 auf eine "Kleine Anfrage" deutlich gemacht, dass "der Ausbau des Stichkanals Linden die niedrigste Priorität gegenüber anderen vergleichbaren Ausbauprojekten" genießt. (Siehe Anlage 1) Das Bundesministerium für Verkehr hat auf Anfrage einer Bundestagsabgeordneten der Linken deutlich gemacht, dass die Schleuse Linden laufend saniert wird, nach dem Jahr 2010 Betoninstandsetzungen der Kammer und Instandsetzungen an der Straßenbrücke über das Unterhaupt der Schleuse durchgeführt werden. (Siehe Anlage 2)

Angesichts dieser Fakten fragen wir die Verwaltung:

1. Wie rechtfertigen Sie das Versenken von hunderten Millionen Euro an Steuergeldern, indem Sie am Neubau der Schleuse Linden gegen den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung Limmers festhalten?
2. Wie wollen Sie angesichts der jetzigen landes- und bundespolitischen Aussagen und nach September 2009 noch schwieriger werdenden Einbringung in einen neuen Bundesverkehrswegeplan den Neubau der Schleuse Linden durchsetzen?
3. Wie wollen Sie die Bevölkerung Limmers gegen Lärm, Dreck und Gestank während der Bauzeit und danach schützen?

Herr Wescher verwies auf die Internetseite von halloLindenLimmer. Er berichtete, dass an dieser Stelle im Internet darüber informiert werde, dass am Freitag, den 27.02.2009, eine Pressekonferenz stattfinden werde. Im Rahmen der Pressekonferenz werden der Baudezernent und der Wirtschafts- und Umweltdezernent die Position der Stadtverwaltung nach den Abwägungsprozessen darstellen und zeitgleich würden die Drucksachen freigeschaltet.

Herr Wescher beantwortete die Anfrage anschließend sinngemäß wie folgt:

Der Ratsbeschuß (Drucks.-Nr. 0414/2007) zu diesem Thema beinhaltet den Auftrag an die Verwaltung, sich bei der Bundeswasserstraßenverwaltung dafür einzusetzen, dass der Ausbau zeitlich vorgezogen wird. Für die weitere Planung des Ausbaus ist die Festlegung der Landeshauptstadt Hannover auf eine Schleusenausbauvariante erforderlich. In diesem Zusammenhang bereitet die Verwaltung alle entscheidungsrelevanten Grundlagen auf, insbesondere die Auswertung der Anhörung vom 05.11.2008, an welcher der Stadtbezirksrat Linden-Limmer beteiligt war.

Die Ergebnisse werden allen zuständigen Ratsgremien in Kürze mit den erforderlichen Informations-/Beschußdrucksachen zur Entscheidung vorgelegt.

Zu 1.:

Träger der Baumaßnahme „Ausbau Stichkanal Linden“ ist die Bundeswasserstraßenverwaltung, der auch die Finanzierung obliegt. Ein Teil dieser Maßnahme ist der Neubau der Schleuse. Die Gesamtmaßnahme dient der Ertüchtigung des Wasserstraßennetzes und der langfristigen Sicherung der Wirtschaftsstandorte am Kanal, also auch des Hafens Linden.

Zu 2.:

Der Ausbau des Stichkanals ist im Regierungsabkommen von 1965/1985 vereinbart und festgelegt. Wie dem Ratsauftrag zu entnehmen, geht es nicht um das Durchsetzen des Ausbaus, sondern um die zeitliche Durchführbarkeit.

Zu 3.:

Es ist Sache des Vorhabensträgers im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens entsprechende Planungen für die Bauphase durchzuführen und offenzulegen. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Auseinandersetzung mit möglichen Auswirkungen und ihrer jeweiligen Akzeptanz.

Bezirksratsherr Meyer sagte, dass er sich vorstellen würde, dass die Verwaltung in der Lage sei, auch die Ratsdamen und -herren zu beraten und die Verwaltung auch deutlich machen müsse, dass es „Unsinn“ sei, was der Rat fordere. Er sagte, dass die Ratsdamen und -herren ihm nicht erklären könnten, warum 2007 bereits beschlossen wurde, die Priorität nach vorne verschieben zu wollen. Er war erstaunt, dass die Verwaltung schon jetzt eine Beschlussdrucksache über eine mögliche Variante vorlegen werde. Er wünschte sich, dass die Verwaltung erst einmal kommuniziert, dass es „Unsinn“ sei, was der Rat fordere.

Bezirksratsherr Meyer berichtete die zuvor gegebene Antwort dahingehend, dass das Vorhaben nicht nur Bundesmittel kosten würde, sondern auch städtische Mittel eingesetzt würden. Es seien zudem nicht die Menschen des Bundes betroffen, sondern die Menschen vor Ort. Er forderte die Verwaltung und den Rat auf, sich damit auseinanderzusetzen.

Bezirksratsherr Meyer fragte, ob die Verwaltung immer das mache, was der Rat vorschläge.

Herr Wescher antwortete, dass Bezirksratsherr Meyer präjudizieren würde, dass die Verwaltung zu dem Ergebnis kommen müsse, dass die Ausbaumaßnahmen unsinnig seien. Diese Diskussion werde anhand der angekündigten Drucksachen geführt werden. **Herr Wescher** kündigte an, dass die VertreterInnen aus den Fachverwaltungen in der nächsten Sitzung des Bezirksamtes anwesend sein werden. Die Drucksachen würden auf der Tagesordnung der Sanierungskommission bereits am 09.03.09 stehen und kommuniziert werden. **Herr Wescher** verlas daraufhin noch einmal den Ratsauftrag (Drucks.-Nr. 0414/2007). **Herr Wescher** sagte, dass man dem Sinn des Auftrages nach, diesen nicht als „Unsinn“ bezeichnen könne. Er ergänzte seine Ausführungen dahingehend, dass die Verwaltung zudem eine Variante vorschlagen werde, weil die Intention war, Planungssicherheit zu einem frühest möglichen Zeitpunkt zu schaffen. Der Vorhabensträger, die Bundeswasserstraßenverwaltung, würde zudem von der Stadt eine Aussage erwarten, in welche Richtung ggf. weiter geplant werden solle.

Bezirksratsherr Eggers fragte nach, ob die angekündigte Drucksache bereits eine Beschlussdrucksache oder Informationsdrucksache sei.

Herr Wescher antwortete, dass sowohl eine Beschluss- als auch eine Informationsdrucksache zeitgleich eingebracht werde. Es gäbe zudem Überlegungen, diese Drucksachen dem Bezirksrat kurzfristig zur Verfügung zu stellen und nicht erst mit der nächsten Tagesordnung. Die Informationsdrucksache werde in erster Linie eine Auswertung der Anhörung vom 05.11.2008 beinhalten und die Beschlussdrucksache werde nach Abwägung der Argumente einen Verwaltungsvorschlag beinhalten.

Bezirksratsherr Eggers fragte nach, ob über die Drucksachen, die der Bezirksrat voraussichtlich Ende der Woche erhalten werde, die Sanierungskommission 7 Tage später zu entscheiden habe.

Herr Wescher bestätigte, dass die Drucksachen am Montag, dem 09.03.2009, auf der Tagesordnung der Sanierungskommission stehen werden.

Bezirksratsherr Meyer fragte wo und wann die Pressekonferenz stattfinden würde.

Herr Wescher stellte in Frage, dass Pressekonferenzen öffentlich seien.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube regte an, dass die Drucksachen von Seiten der Verwaltung auch an die Bürgerinitiative verschickt werden sollten. Er gab zu bedenken, dass die formalen Ladungsfristen auch in Bezug auf die angekündigten Drucksachen für die Sanierungskommission eingehalten werden müssten, da die Drucksachen ansonsten nicht behandelt werden könnten.

Bezirksratsfrau Schweingel empfand es als unmöglich, dass die Gremien jetzt eine Beschlussdrucksache bekommen werden, da eine intensive Bürgerbeteiligung zugesagt worden sei. Es sei nicht einmal eine intensive und in der Sache nachvollziehbare Beteiligung der zu entscheidenden Gremien erfolgt. Sie halte das Verfahren für übereilt. Die Anhörung als einziges Glied der Bürgerbeteiligung hier zwischenschalten, halte sie angesichts des Ausmaßes der Maßnahme für nicht tragbar. Sie halte auch bei formal eingehaltenen Ladungsfristen es nicht für machbar, dass die Drucksachen -angesichts der schwerwiegenden Thematik, die einer genauen Prüfung bedürfen - in der nächsten Sanierungskommission behandelt würden. Die Vergangenheit zeige, dass es fehlerhafte Zahlen gegeben habe wie zum Beispiel den Rentabilitätsfaktor, der von 1,1 auf 1,07 reduziert worden sei. Sie möchte allen Beteiligten empfehlen, gründlich nachzurechnen und Alternativen sollten überprüft werden. Dazu würden auch die Flächen am Misburger Hafen und dem Brinker Hafen gehören. Es könnte ihrer Meinung nach nicht nur um Kostenfragen gehen.

Ratsherr Nikoleit sagte, dass der Werksausschuss Städtische Häfen bereits vor Monaten beschlossen habe, die Variante 4 umzusetzen, um möglichst schnell handeln zu können.

Ratsherr Mineur erklärte, dass er nochmal auf die Frage von Bezirksratsherrn Meyer eingehen wolle, der gefragt habe, warum der Rat damals -seines Wissens mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE.- den Ausbau des Kanals gefordert habe. Er sagte, dass man damals davon ausgegangen sei, dass es einen Ausbau für Schiffe bis zu einer Länge von 100 m geben solle. Das hätte einen Ersatz der Schleuse am derzeitigen Standort bedeutet. Mit einem längst nicht so erheblichen Eingriff sei die Maßnahme als sinnvolles Projekt angedacht gewesen. Das was jetzt dargestellt werde, würde einen ganz anderen Rahmen einnehmen. **Ratsherr Mineur** stellte sich vor, dass die Drucksachen in der Sanierungskommission diskutiert würden, dort vermutlich aber in die Fraktionen gezogen werden könnten.

Dann werde erst vier Wochen später in der nächsten Sanierungskommission abschließend beraten und danach würden die weiteren Gremien beteiligt. Er mahnte an, man solle keine Hast anlegen und das Thema mit vernünftigem Augenmaß ansehen.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube bat Bezirksratsfrau Schweingel um Erläuterung der weiteren Vorstellungen in Bezug auf eine Bürgerbeteiligung. Diese Ideen sollte man der Stadtverwaltung mitteilen, damit ein Überdenken des angedachten Verfahrens noch stattfinden kann.

Bezirksratsfrau Schweingel berichtete von einer Begutachtung, die nicht öffentlich sei. Diese Ergebnisse sollten auch der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Sie halte die Tatsache, dass nunmehr eine Beschlussdrucksache vorgelegt werde für einen Affront gegenüber

Bürgerbeteiligung und fügte hinzu, dass eine Informationsdrucksache eine ganz andere Bürgerbeteiligung ermöglichen würde. Auch die Standortfrage stellte **Bezirksratsfrau Schweingel** in Frage. Für sie sei weiterhin unverständlich, warum die Bahn als Verkehrsträger nie einbezogen worden sei. Sie habe den Eindruck, dass es eine gezielte Taktik sei, die Sache durchzusetzen. **Bezirksratsfrau Schweingel** erklärte, sie halte das Verfahren für kontraproduktiv, wenn man die Bürger wirklich erst nehmen würde.

TOP 10.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr, nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 20.05 Uhr.

Im Rahmen der Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde wurden folgende Themen angesprochen:

1. geplanter Demonstrationzug der NPD am 01.05.2009
2. Ausbau Stichkanal Linden

Die **erste Sprecherin** stellte sich als Betreiberin einer Gaststätte im Umfeld des Küchengartens und als Vertreterin von zehn Lindener Gastronomen vor. Die **Sprecherin** kündigte an, dass man mit noch mehr Beteiligung rechne. Sie übergab im Namen der Gastronomen einen offenen Brief, der an Oberbürgermeister Weil gerichtet sei, an **Bezirksbürgermeisterin Knoke**. Inhaltlich ginge es um die geplante Demonstration der NPD am 01. Mai 2009. Die **Sprecherin** kündigte an, dass sie ein paar offene Fragen habe. Sie übermittelte, dass die Lindener Bürger das Gefühl hätten, dass von Seiten der Politik zu wenig unternommen werde, um diese Demonstration zu verhindern. Es stelle sich die Frage, ob es möglich sei, die geplante Demonstration zu verbieten und wie Bürgerinitiativen unterstützen könnten. Weiter fragte die **erste Sprecherin**, wie die Einschätzung des Bezirkrates zu einer weiteren Gründung von Bürgerinitiativen sei. Weiter fragte sie, ob schon etwas unternommen wurde, um den Aufmarsch zu verhindern und wenn ja, was unternommen wurde und ob Parteien einzeln oder parteiübergreifend versucht hätten einzuwirken. Für sie sei unklar, was mit der einstimmig beschlossenen Resolution nun werde und fragte nach dem Wirken. Die **Sprecherin** bat um Informationen der Gastronomen zum Beispiel zu Sicherheitsmaßnahmen.

Bezirksbürgermeisterin Knoke äußerte, dass sie die Ängste verstehen könne.

Ratsherr Nikoleit begrüßte diese Initiative der gastronomischen Betriebe in diesem Stadtteil. Er fand es schade, dass sich die Geschäftsleute dieser Initiative nicht angeschlossen hätten. Die Geschäftsleute hätten geäußert, dass sie neutral und nicht politisch tätig werden wollten. Dieses wurde von **Ratsherrn Nikoleit** sehr bedauert. Großen Protest zu organisieren und sich an Aktionen zu beteiligen sei nach seiner Auffassung sinnvoll, um das Gefährdungspotential so hoch zu setzen, dass die Polizei gezwungen sei, die Versammlung zu verbieten. Er hoffe, dass der Aufmarsch nicht zugelassen werde.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube fragte nach der Autorisierung der anwesenden Polizeibeamten, zu diesem Thema etwas zu sagen. Eine Äußerung von Seiten der Polizeibeamten erfolgte nicht. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** informierte, dass ein Verbot im Rahmen des Klageweges erfahrungsgemäß keinen Bestand haben würde. **Stellv.**

Bezirksbürgermeister Grube sagte, dass - wenn ein Verbot so spät wie möglich ausgesprochen werde - der Klageweg kürzer sei. Er vermutete deshalb, dass im Fall eines Verbotes dieses erst kurzfristig vor der Veranstaltung ausgesprochen werde. Er gab zu bedenken, dass auch ein Verbot erst einmal durchgesetzt werden müsse. Es wäre schwierig, wirklich ein Zusammenkommen zu verhindern. Am Beispiel anderer Städte wäre bekannt, dass sich die Menschen trotz Verbots versammelt hätten und es in Folge zu schweren Auseinandersetzungen gekommen sei. So gebe es auch Meinungen, dass es besser sei, die Versammlung an der angekündigten Stelle zuzulassen und die Situation mit Hilfe der Polizei unter Kontrolle zu halten. Die Strategie möchte **Stellv.**

Bezirksbürgermeister Grube nicht bewerten. Er sagte, dass die Verantwortung bei der Polizei gut aufgehoben sei, wenn sie die Strategie genauso verfolge wie bei den damaligen Punkerdemonstrationen. Da habe man gezeigt, dass man mit sehr viel Aufwand Versammlungen beeinflussen oder verhindern könne.

Bezirksratsfrau Schweingel sagte, dass sie die Sprecherin so verstanden habe, dass sie einen Wunsch nach Informationen habe. Sie gab zu bedenken, dass man überlegen müsse, nun an die Öffentlichkeit zu gehen mit genauen Informationen. **Bezirksratsfrau Schweingel** sprach die Presse an, ob man mit gewisser Regelmäßigkeit eine Information der Bevölkerung erreichen könne.

Die **erste Sprecherin** ergänzte ihre Aussage dahingehend, dass die Leute wüssten, dass man den Demonstrationzug nicht verbieten könne. Sie fragte nach einer Möglichkeit des Verbotes im Vorfeld, wenn direkte Gefahr bestehe.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube stellte fest, dass der Vorstoß der Gastronomen gut sei.

Bezirksratsherr Eggers sagte, dass er dankbar sei, dass die Resolution hier heute beschlossen worden sei. Es zeige, dass dieses Gremium gegen solches Gedankengut zusammenstehe. Das sei ein klares Signal, was über die Medien verbreitet werden würde. Er sprach **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** an und erklärte, dass er es falsch fände, wenn der Eindruck entstehe, dass die Polizei weniger Härte gegen „rechts“ vornehme als gegen „links“.

Bezirksratsherr Meyer berichtete von mehreren Initiativen aus dem Stadtteil gegen den Aufmarsch. Eine würde vom DGB organisiert. Zudem wisse er u.a. von Sportvereinen, deren Mitglieder die Brücken besetzen möchten, um zu verhindern, dass die Nazis in den Stadtteil kommen.

Der **zweite Sprecher** vertrat die Bürgerinitiative „Limmer für Immer“ und lud den Bezirksrat zu einer Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative am 15.03.2009, 15.00 Uhr im Lindenkrug ein.

Der **Sprecher** berichtete, dass es ein Schreiben an die einzelnen Fraktionen und Einzelvertreter mit einem Resolutionsbeschluss gegen den Ausbau der Lindener Schleuse gegeben habe. Leider habe man nur von der Fraktion DIE LINKE. eine Antwort erhalten. Er sagte, dass es aussagekräftig sei, dass die anderen Fraktionen/ Einzelvertreter nicht geantwortet hätten. Der **Sprecher** fügte hinzu, dass er die mangelnde Bürgerbeteiligung kritisieren möchte.

Bezirksratsherr Horstmann sagte, dass die angesprochenen Fragen eigentlich schon diskutiert worden seien. Insbesondere sei besprochen worden, dass es kein übereiltes Verfahren geben solle und dass die Gremien – Sanierungskommission, Bezirksrat - sich die notwendige Zeit zur Beratung nehmen werden. **Bezirksratsherr Horstmann** kündigte an, dass man kritisch mit den Verwaltungsvorschlägen umgehen würde. Es solle Sorge dafür

getragen werden, dass Bürgerbeteiligung in einem höheren Maße stattfinden, als es die Verwaltung bis jetzt vorsehe. Die SPD-Fraktion habe sich mit einer Übernahme der Resolution zurückgehalten, weil man den Verwaltungsvorschlag erst einsehen möchte.

Die **dritte Sprecherin** kritisierte, dass erneut eine Variantendiskussion vorgestellt werde und nicht grundsätzlich geklärt würde, ob der Ausbau Sinn mache oder nicht. Dieses Vorgehen sei für die Bürgerinitiative nicht nachvollziehbar.

Der **vierte Sprecher** begrüßte den einstimmigen Beschluss zur Resolution gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 01.05.2009. Er kündigte an, dass auch er sich aktiv beteiligen werde.

Bezirksbürgermeisterin Knoke beendete die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 20.25 Uhr.

TOP 8.3. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 8.3.1. Winterdienst auf Radwegen im Stadtbezirk – hier in Linden – Nord (Drucks. Nr. 15-0326/2009)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube trug nachfolgende Anfrage vor:

In der letzten Sitzung des Bezirksrates am 28.01.09 antwortete die Verwaltung auf eine Anfrage zum Winterdienst auf Radwegen „...*Radwege Limmer-Linden entlang der Leine sowie Linden-Nord (Leinegrünzug) und Linden-Nordstadt (über Dornröschenbrücke) unterliegen keiner satzungsgemäßen Räum- und Streupflicht.* – Diese Darstellung widerspricht in Teilen anderen Behauptungen in dieser Antwort. – Dort wird z.B. auch gesagt Winterdienst gilt für Haupt-, Nebenstr. & Radwege. – Die Radwegeverbindung Limmerstr. > Dornröschenbrücke > Universität ist in weiten Teilen eine gekennzeichnete Fahrradstr. und im weiteren Verlauf ein Fahrradweg und unterliegt somit der Räumspflicht. Ferner wurde (mündlich) unrichtig behauptet es stünden andere parallel verlaufende Verbindungen für eine gefahrlose Benutzung zur Verfügung.

Wir fragen hierzu die Verwaltung / bzw. aha:

1. Woraus leitet sich die Behauptung ab, Fahrradstraßen unterliegen keiner Räumspflicht?
2. Welche gefahrlos zu benutzenden Parallelverbindungen für den Leine Uferweg (Ost – West Verbindung durch Linden – Nord) und die Verbindung Linden – Nordstadt (Nord – Süd Verbindung der Stadtteile) kann die Verwaltung bzw. aha den Radfahrer/innen im Winter ungeräumt zur bedenkenlosen Benutzung empfehlen?
3. Welche Beschlüsse müssen erfolgen um eine Räumspflicht (wie oben beschrieben) durchzusetzen?

Frau Sufin äußerte, dass die Beantwortung von zwei Anfragen zum Thema „Winterdienst“ in der Sitzung am 28.01.2009 durch die Verwaltung auf der Grundlage der Stellungnahmen von aha zu Diskussionen und teilweise auch zu Unmut im Bezirksrat geführt haben. Deshalb hält es die Verwaltung – in Abstimmung mit aha - für geboten, in einer Vorbemerkung zur

Beantwortung dieser Anfrage noch einmal auf Folgendes hinzuweisen:

- Die Räumung und das Streuen auf Straßen, Wegen und Plätzen wird von aha nach Maßgabe der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsverordnung in dem Umfang und nach den Kriterien durchgeführt, wie sie die zuständigen Gremien mit diesen Rechtsnormen beschlossen haben.
- Die Ausführung erfolgt durch aha nach besten Kräften mit dem vorhandenen Personal in der Reihenfolge der satzungsgemäßen Prioritäten, wie sie von der Verwaltung hier in der letzten Sitzung vorgetragen wurden. Wenn es Hinweise auf Versäumnisse gibt, gehen die Verwaltung bzw. aha dem nach und versuchen, Abhilfe zu schaffen. Dies wird auch durch die Protokollantworten zu den hier in der Sitzung am 28.01.2009 angesprochenen "Mängeln" (Dornröschenbrücke, Spielplatz in der Viktoriastraße) deutlich.
- Bei allem Bemühen der im „Winterdienst“ eingesetzten Kräfte wird letztlich nicht auszuschließen sein, dass extreme Wetterlagen, wie sie seit Anfang Januar aufgetreten sind, es mit sich bringen, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Kraftfahrer, Radfahrer sowie die Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel) teils Umwege bzw. zeitliche Verzögerungen auf den Wegstrecken in Kauf nehmen oder evtl. alternativ auch einmal auf andere Verkehrsmittel ausweichen müssen.

Frau Sufin beantwortete die Anfrage anschließend sinngemäß wie folgt:

Zu 1.:

Die Verwaltung hat nicht behauptet, Fahrradstraßen würden keiner Räumspflicht unterliegen. Richtig ist, dass es keine satzungsgemäße Räum- und Streupflicht für Rad- und/oder Gehwege gibt, die durch Grünzüge verlaufen, denn die Straßenreinigungssatzung bezieht sich auf alle nach dem Niedersächsischen Straßengesetz dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen (§ 2 Abs. 1 NStrG) und alle tatsächlich dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wegen und Plätzen (§ 3 Abs. 1 NStrG). Fahrradstraßen unterliegen somit der Räumspflicht nach Maßgabe der durch Satzung festgelegten Prioritäten; für Linden-Nord betrifft dies zum Beispiel die Pfarrlandstraße im Abschnitt von der Elisenstraße bis zum Pfarrlandplatz.

Zu 2.:

Grundsätzlich besteht die Verpflichtung, gefährliche Stellen zu räumen oder zu streuen. Unter gefährlichen Stellen versteht man Brücken, rechtwinklige nicht einsehbare Kurven oder größere Straßenkreuzungen mit nicht unbedeutendem Verkehrsaufkommen, d.h. im konkreten Fall, dass die Dornröschenbrücke gestreut werden muss, der Radweg zur Uni jedoch nicht, weil hier eine geräumte oder gestreute Alternativstrecke zur Verfügung steht; dabei entspricht es der Satzung auch, wenn – wie im vorliegenden Fall – längere Wege in Kauf genommen werden müssen:

Parallel zum Uferweg im Grünzug entlang der Leine und Ihme verlaufen in Linden-Nord mehrere Straßen wie z. B. die Wilhelm-Bluhm-Straße oder als Fernverbindung die Limmerstraße, die von Radfahrerinnen und Radfahrern als Alternative genutzt werden können. Über die Limmerstraße kann auch der Königsworther Platz und darüber die Nordstadt von den Radfahrern und Radfahrerinnen erreicht werden, die die Nord-Südverbindung über die Dornröschenbrücke vermeiden möchten.

Zu 3.:

Um eine Räumspflicht auf nicht gewidmeten Wegen – z. B. der Radwegverbindung durch die Grünanlagen von Limmer über Linden-Nord zur Innenstadt - durchzusetzen, müssten die Satzung über die Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Hannover (Straßenreinigungssatzung) und die Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Hannover (Straßenreinigungsverordnung) mit Mehrheitsbeschlüssen der zuständigen Gremien geändert werden.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube sagte, dass er hoffe, dass der Radfahrbeauftragte der Stadt Hannover dieses gelesen habe. Er meinte, dass man überlegen müsse, ob das Siegel "fahrradfreundliche Stadt" noch vergeben werden dürfe.

TOP 8.3.2.

Fortgang der Schadstoffsanierung im Bereich des nördlichen Ihmeufers gegenüber des Ihmezentrums (Drucks. Nr. 15-0327/2009 mit 1 Anlage)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube verlas die Anfrage:

In den letzten Monaten des Jahres 2008 wurden Sanierungen der Altlasten des ehemaligen Gaswerks der Stadtwerke Hannover am nördlichen Ihmeufer ggü. des Ihmezentrums angekündigt. – Entgegen der eigentlichen Wünsche der Politik sollten die Sanierungsmaßnahmen kurzfristig und vor Beginn der eigentlichen Hochwasser Abgrabungen erfolgen, um eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen. So wurde durch die Verwaltung z.B. erklärt, kostengünstige Entsorgungswege stünden nur bis Mitte 2009 zur Verfügung und die Maßnahme müsse auch zur Vermeidung von stärkeren Ausgasungen im Winter erfolgen.

Die NP berichtete nun am 16.01.09 von einer Verschiebung der Maßnahme. (siehe Anlage)

Wir fragen diesbezüglich die Verwaltung:

1. Welche neuen Erkenntnisse gibt es hier und wann wird der Bezirksrat darüber unterrichtet?
2. (Wodurch) Sind die ursprünglich vorgetragenen Gründe für einen zügigen Baubeginn im Winter (siehe oben) entfallen?
3. Welche Preissteigerungen entstehen allein durch die Verschiebung der Maßnahme und den so verlorengegangenen „günstigen Entsorgungsweg“?

Frau Sufin beantwortete die Anfrage sinngemäß wie folgt:

Zu 1.:

Die Verwaltung hat von der Politik mit der beschlossenen Drucks.-Nr. 15-1665/2008 den Auftrag bekommen, abweichend zum Verwaltungsvorschlag, eine umfangreichere Sanierung des Gaswerkgeländes durchzuführen. Die umfangreichere Sanierung erfordert andere Bauabläufe und führt zu veränderten Bauzeiten und Kosten. Derzeit wird ein an die veränderten Rahmenbedingungen angepasster Sanierungsplan aufgestellt.

Bevor mit den Arbeiten zur Sanierung der Gaswerkfläche begonnen wird, informiert die Verwaltung die betroffenen Bezirksräte.

Zu 2.:

Ein umfangreicheres Sanierungskonzept erfordert mehr und andere Vorbereitungen als das von der Verwaltung ursprünglich vorgelegte Sanierungskonzept. Die Verwaltung hat unmittelbar nach Beschluss über die Drucks.-Nr. 1525/2008 am 04.09.2008 damit begonnen, die Planungen anzupassen und den Sanierungsplan aufzustellen. Der ursprünglich geplante Baubeginn im Winter war dadurch nicht mehr zu halten.

Zu 3.:

In Folge der Beschlusslage ist die ursprünglich von der Verwaltung angedachte Sanierungsvariante nicht weiter verfolgt worden. Deshalb liegen auch keine Kostenkalkulationen vor, die eine Aussage zu dieser Frage ermöglichen würden.

Ratsherr Mineur fragte nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass die Kosten für die

Sanierung um mehr als das Doppelte angestiegen seien und das dieses Ursache dafür sein könne, dass die Sanierung noch nicht weiter vorangetrieben wurde.

Frau Sufin antwortete, dass der Stadt bekannt sei, dass Mehrkosten entstehen werden, zum Umfang könnten jedoch derzeit keine Aussagen gemacht werden.

TOP 9.

Bericht des Stadtbezirksmanagements

Herr Wescher informierte zum Thema Ihmezentrum, dass der Presse in den letzten Tagen zu entnehmen war, dass ein Insolvenzantrag des Investors vorliege. Er teilte mit, dass Herr Oberbürgermeister Weil die Angelegenheit zur „Chefsache“ erklärt habe und seit gestern mit allen Beteiligten (Finanzgeber, Eigentümervetretern, Hausverwaltung) unverzüglich nach Bekanntwerden der Insolvenz Gespräche aufgenommen habe. Sobald ein Insolvenzverwalter eingesetzt sei, werde Oberbürgermeister Weil auch mit diesem das Gespräch suchen. Es liege in der Natur der Sache, dass Ergebnisse heute im Rahmen der Bezirksratssitzung noch nicht mitgeteilt werden könnten. Verwaltungsintern beschäftige sich weiterhin eine Arbeitsgruppe mit den unmittelbaren Auswirkungen auf die Stadt als Mieter (Arbeitgeber = 600 Beschäftigte) und baurechtlichen Fragen. Dabei werde auf der justitiarischen Ebene auch verstärkt mit den Stadtwerken kooperiert.

Ferner informierte **Herr Wescher** zum Thema Altlastenverdacht / Produktionsrückstände der Firma De Haen im Bereich des Spielplatzes Ungerstraße / Kita Herbartstraße. Er sagte, dass seit dem Bericht der Mitarbeiterin des Sachgebietes Baugrund, Boden- und Grundwasserschutz in der Novembersitzung von der Region Hannover noch weitergehende chemische und radiologische Untersuchungen durchgeführt wurden. Die abschließenden Berichte lägen der Verwaltung bisher nur im Entwurf vor und seien noch nicht endgültig abgestimmt. Die Region arbeite zurzeit vorrangig an den Detailuntersuchungen zu den privaten Flächen am De-Haen-Platz, wo sich durchaus sanierungsrelevante Belastungen ergeben hätten. Aus den der Verwaltung vorliegenden Berichten ergäbe sich keine neue Beurteilung der Situation an der Ungerstraße bzw. Herbartstraße. Möglicherweise würde die Region das Aufhören der Mulchschicht im Bereich des erhöhten Bleiwertes auf dem Spielplatz empfehlen. **Herr Wescher** sagte eine Information des Bezirkrates zu, sobald die endgültigen Berichte vorliegen würden.

Bezirksratsherr Eggers erwähnte, dass das Bauprojekt Ihmezentrum eines der wichtigsten in ganz Niedersachsen sei. Er wünsche sich, dass Oberbürgermeister Weil persönlich eine Information des Bezirkrates in einer der nächsten Sitzungen übernehme.

Bezirksbürgermeisterin Knoke schloss die Sitzung um 20.40 Uhr.

Für die Niederschrift:

Knoke
Bezirksbürgermeisterin

Sufin
Bezirksratsbetreuerin